

Thurgauer für Fremdsprachen an Primarschule

FRAUENFELD. Die Thurgauer Stimmbürger lehnten zweimal Volksinitiativen ab, die Fremdsprachenunterricht an der Primarschule zurückbinden wollten. 2006 verwarfen sie mit 51,9 Prozent Nein-Stimmen eine Initiative, welche die Einführung des Frühenglisch gestoppt hätte. Gegen die Einführung des Frühfranzösisch war ebenfalls eine Volksinitiative eingereicht worden. Sie verlangte, dass an der Primarschule keinerlei Fremdsprachen unterrichtet werden sollten. Das Thurgauer Volk lehnte sie 1988 mit fast 60 Prozent Nein-Stimmen ab. Daraufhin wurde ab 1991 Frühfranzösisch ab der fünften Primarschulklasse eingeführt. Jetzt will es der Regierungsrat wieder abschaffen. (wu) ▶ THURGAU 13

Thurgauer Zeitung, 27.7.2016

Ohne Rücksprache mit dem Volk

Vor zehn Jahren verwarfen die Thurgauer Stimmbürger die Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule». Heute setzt sie der Regierungsrat in eigener Kompetenz um. Die einstigen Initiativgegner haben resigniert oder die Meinung geändert.

THOMAS WUNDERLIN

FRAUENFELD. Mit 51,9 Prozent Nein-Stimmen verwarf das Thurgauer Volk am 21. Mai 2006 die Initiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule». Gemeinden in Grenznähe zum Ausland oder zu andern Kantonen stimmten laut dem Erziehungsdirektor gegen die Initiative, um Mobilität und Harmonisierung zu gewährleisten. Der Weg für das Frühenglisch war frei: Seit Sommer 2009 lernen Thurgauer Primarschüler ab der dritten Klasse Englisch.

Zwei Fremdsprachen überfordern die Schüler, argumentierten die Initianten. Besser solle der Unterricht in Hochdeutsch verstärkt werden, da viele Schulabgänger mangelhaft beherrschten. Der Initiativtext liess es offen, welche Fremdsprache unterrichtet werden sollte. Die Initianten sprachen sich für Frühenglisch aus. Das 1991 eingeführte Frühfranzösisch solle auf die Oberstufe verschoben werden. Wahrscheinlich hätte die Initiative aber das populäre Frühenglisch verhindert.

Überforderte Kinder

Das Nein-Komitee wollte den Thurgauer Kindern die Chance geben, zwei Fremdsprachen zu lernen. Die Leichtigkeit des Lernens sinke mit dem Alter. Die Wirtschaft lege Wert auf Fremdsprachenkenntnisse. Der Thurgau solle das Sprachenmodell umsetzen, auf das sich die Kantone geeinigt hätten. Auch der Grosse Rat hatte die Initiative am 9. November 2005 mit 65 zu 51 abgelehnt. Sogar mit 70 zu 36 hatte er am 5. Mai 2004 eine Motion für Englisch als einzige Fremdsprache an der Primarschule verworfen.

Am 13. Februar 2013 reichten dann sechs Kantonsräte verschiedener Parteien eine Motion

für die Aufhebung des Frühfranzösisch ein. Die Argumente blieben dieselben: Überforderung der Schüler, mangelhafte Deutschkenntnisse der Schulabgänger. Der Regierungsrat lehnte sie ab. Im Grosse Rat war die Meinung jedoch mittlerweile eine andere. Mit 71 zu 49 erklärte er die Motion am 13. Februar 2014 für erheblich. Der Regierungsrat entschied sich, sie mit einer Änderung des Sprachenkonzepts zu erfüllen. Umgesetzt werden soll dieses mit dem neuen Lehrplan ab 2017.

Nun will Bundesrat Berset den Unterricht in einer zweiten Landessprache in der Primarschule

für obligatorisch erklären. Dabei stützt er sich auf den Bildungsartikel, der an jenem 21. Mai 2006 angenommen wurde, als im Thurgau die Initiative für nur eine Fremdsprache scheiterte. Im Thurgau erhielt der Bildungs-

artikel einen hohen Ja-Stimmenanteil von 82 Prozent. Müsste das Thurgauer Volk nochmals Stellung nehmen können, bevor das Frühfranzösisch abgeschafft wird? «Das ist absolut die richtige Frage», meint der Weinfelder

Initiative Gar keine Fremdsprache

Im Thurgau gab es seit 1971 Schulversuche für Frühfranzösisch ab der fünften Klasse. «Trotz positiver Erfahrungen zeigten sich vor allem die Lehrkräfte der Mittelstufe skeptisch», heisst es auf der Home-

page des Amriswiler Schulmuseums. 1988 lehnte das Thurgauer Volk eine Initiative mit fast 60 Prozent Nein-Stimmen ab, die jeglichen Fremdsprachenunterricht an der Primarschule verbieten wollte. (wu)



Archivbild: Nana de Carmo

Das Komitee gegen die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» tritt am 21. Februar 2006 in Weinfelden vor die Presse: Brigitte Holderegger (Schulpflegerin), Walter Hugentobler (SP), Christoph Tobler (SVP), Brigitte Häberli und Ulrich Müller (beide CVP).

men sei, sei es schwierig, sich dagegen zu wehren. «Mir fehlt der Antrieb und die Begeisterung, auch Resignation ist dabei.» Es sei anzunehmen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung für die Abschaffung sei.

«In einer Demokratie sind zehn Jahre eine lange Zeit», sagt CVP-Ständerätin Brigitte Häberli, die 2006 im Nein-Komitee gegen die Initiative für nur eine Fremdsprache dabei war. Man habe inzwischen Erfahrungen mit zwei Fremdsprachen an der Primarschule gemacht; viele Lehrkräfte seien nicht begeistert davon. Wichtig sei, die Lernziele am Ende der obligatorischen Schulzeit zu erreichen. Sie empfehle Bundesrat Berset, den Föderalismus zu beachten. «Ich bedaure die Drohgebärde von Seiten des Bundes.»

Koordination fehlt

Der Romanshorner GLP-Kantonsrat Hanspeter Heeb hat eine parlamentarische Initiative gegen das Vorgehen des Regierungsrats vorbereitet. «Ich behalte sie im Köcher. «Ich will abwarten, ob der Regierungsrat die Sache nochmals ins Parlament bringt.» Im Gesetz stehe, dass Lehrpläne nach Möglichkeit koordiniert werden sollten. «Wenn man jetzt mutwillig das Französisch an die Oberstufe verschiebt, ist die Koordination mit den Nachbarkantonen nicht mehr erfüllt.» Es gebe keinen Grund, Frühfranzösisch abzuschaffen. Die Oberstufe werde dadurch sehr sprachlastig.

Der Aadorfer FDP-Kantonsrat Bruno Lüscher war 2006 gegen die Initiative, ist jetzt aber gegen das Frühfranzösisch. Ein Teil der Schüler sei zu stark belastet. Dass der nationale Zusammenhalt in Frage stehe, sei an den Haaren herbeigezogen. «Ich habe auch erst an der Oberstufe Französisch gehabt.»

CVP-Kantonsrat Ueli Müller, der sich 2006 gegen die Initiative für eine einzige Fremdsprache engagiert hatte. Die Motion sei nicht so behandelt worden, wie es sich gehöre: mit einer Vorlage des Regierungsrats und einer erneuten Abstimmung im Grosse Rat. Dann hätte das Referendum ergriffen werden können. Der Regierungsrat habe einfach das Sprachenkonzept geändert. Das liege in seiner Kompetenz. Müller möchte ihm diese nicht wegnehmen, wie es die Initiative der Lehrplan-21-Gegner verlangt. Gerade weil die Abschaffung des Frühfranzösisch nicht auf dem üblichen Weg zustande gekom-